

Kommunen: Gratis-Schulobst «verfault» im Föderalismusdschungel

Passau (ddp). Die Kommunen fordern ein Ende des Bund-Länder-Streits um Gratis-Schulobst für Schüler. «Wir brauchen eine schnelle Einigung im Vermittlungsausschuss, damit das Gesetz noch in dieser Legislatur verabschiedet werden kann», sagte Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, der «Passauer Neuen Presse» (Dienstausgabe). Für das Programm will die EU 20 Millionen Euro zur Verfügung stellen, wenn Deutschland 18,6 Millionen Euro beisteuert. Bund und Länder lehnen es aber ab, ihren Anteil zu übernehmen. Das Schulobst drohe «im Föderalismusdschungel zu verfaulen», sagte Landsberg: Es wäre bedauerlich, «wenn Deutschland als größter Nettozahler in der EU wegen interner Streitigkeiten eine solche Chance nicht nutzen würde».